

B E S C H L U S S
aus der 37. Sitzung
des Rates der Gemeinde Kall
vom 08.07.2025



ÖFFENTLICHER TEIL

Zu 4. Bezahlkarte für Geflüchtete

Vorlagen-Nr.: 149/2025

Beratungsverlauf:

Bürgermeister Esser verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Gemeinde Hellenthal. Er appelliert, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu folgen. Anderweitig könnte die Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich Asyl gefährdet sein.

Frau Pützer bestätigt dies. Sie weist zudem auf massive Auswirkungen für die Gemeinde Kall hin, soweit von der Opt-Out-Regelung kein Gebrauch gemacht wird. In diesem Fall wäre in sehr kurzer Zeit entsprechendes Personal zu stellen, Software zu beschaffen sowie eine Schnittstelle zu schaffen. Nach Aussage von Frau Pützer kann die Opt-Out-Regelung grundsätzlich zu einem späteren Zeitpunkt revidiert werden.

Frau Züll plädiert für eine Vertagung der Angelegenheit.

Die übrigen Ratsmitglieder sowie die Verwaltung halten eine Vertagung für nicht zielführend und sprechen sich dagegen aus.

Herr Kunz stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Aussprache.

Daraufhin lässt Bürgermeister Esser über den vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die Gemeinde Kall macht von der Opt-Out-Regelung gemäß § 4 Abs. 1 der Bezahlkartenverordnung NRW (BKV NRW) Gebrauch und führt die Bezahlkarte für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nicht ein. Stattdessen wird die bisherige Praxis beibehalten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen bei 10 Gegenstimmen und 1 Enthaltung